

Militarismus, Weltpolitik und Sozialdemokratie.

Wenn wir in früheren Flugblättern auf die fortwährend gestiegenen, bis zur Unerträglichkeit gewachsenen Belastungen des deutschen Volkes durch indirekte Steuern und Zölle hingewiesen haben, so soll es heute unsere Aufgabe sein, die Hauptursachen dieser ungeheuerlichen Belastungen zu untersuchen:

Den Militarismus und die Weltpolitik.

Nach der gesamten Reineinnahme des Reiches (98 Prozent) wird Jahr für Jahr ausgegeben für die militärische Rüstung zu Wasser und zu Lande, für Pensionen, Schuldzinsen, Kolonialausgaben. Ganz ungeheuerlich sind die Steigerungen, die die Ausgaben für diese Zwecke in dem vierzigjährigen Bestehen des Reiches erfahren haben.

Im Jahre 1872 wurden ausgegeben allein für das Landheer und die Offizierspensionen:

337 Millionen, 34 tausend 600 Mark.

Im Jahre 1911 dagegen:

886 Millionen 59 tausend 509 Mark.

Die Heeresstärke, d. h. die Zahl der Soldaten, einschließlich Unteroffiziere und Offiziere betrug 1872

359 000 Mann.

Im Jahre 1912 wird sie betragen:

626 732 Mann.

Und diese ungeheuerlichen Steigerungen der Heeresrüstung ergab sich in 40 Jahren tiefsten Friedens! Während dem bei jeder Staatsaktion, bei den namentlich in den letzten 25 Jahren so häufigen Monarchenzusammentreffen, immer und immer wieder die unwandelbare Friedensliebe betont wurde, stieg die gewaltige Kriegsrüstung von Jahr zu Jahr!

Verhältnismäßig noch größer als beim Landheer ist die Steigerung für die Rüstungen zu Wasser für die Marine. Im Jahre 1872 wurden hierfür ausgegeben:

31 Millionen 82 tausend 100 Mark.

Im Jahre 1911 dagegen

458 Millionen, 263 tausend, 756 Mark!

Insgesamt hat das Deutsche Reich seit den Jahren 1872 bis 1911 ausgegeben für militärische und maritime Zwecke die ganz ungeheuerliche Summe von 28 177 771 600 Mark, 28 Milliarden, 177 Millionen, 771 tausend, 600 Mark!

Und wie sind diese Summen aufgebracht worden? Durch indirekte Steuern, durch Ausgaben und Zölle auf alle möglichen Gebrauchsgegenstände! Entsprechend der Steigerung der Rüstungsausgaben wurde die indirekte Steuerschraube immer mehr angezogen, wie folgende Aufstellung nachweist. Es betrugen die Einnahmen des Reiches aus:

	1873 M.	1910 M.
Zölle	122 610 200	631 900 000
Tabaksteuer	1 125 000	14 413 000
Zuckersteuer	45 453 400	147 178 000
Salzsteuer	33 083 900	58 048 000
Branntweinsteuer	36 100 200	180 000 000
Biersteuer	15 039 700	111 500 000
Wechsel- und Spielkartensteuern	5 745 700	21 819 200

Soweit die Steigerungen der indirekten Steuern an Produkte, die schon 1873 mit solchen belegt waren. Es sind aber im Laufe der Jahre noch eine Reihe von anderen indirekten Steuern eingeführt worden, deren Erträge nach dem Voranschlag von 1911 hier her gesetzt seien:

Zigarettensteuer	25 814 000 M.
Essigäureverbrauchsabgabe	641 000 "
Schamweinsteuer	10 876 000 "
Leuchtmittelsteuer	8 963 000 "
Bündwarensteuer	15 776 000 "
Spaartensteuer	19 600 000 "
Frachtturundensteuer	14 994 000 "
Automobilsteuer	2 352 000 "
Schiffsteuer	3 724 000 "
Lantiensteuer	4 410 000 "

Weiter sind noch Reichsstempelabgaben eingeführt auf Wertpapiere, Lotterielose, Kaufgeschäfte, Grundstücksübertragungen. Dann hat noch das Reich Einnahmen aus den Ueberschüssen der Reichseisenbahnen und Post- und Telegraphenbetrieb. Alle diese Einnahmen rühren aus Belastung der Lebens- und Gebrauchsmittel, aus Belastung von Handel und Verkehr.

Als Steuern anderer Art sind nur die Erbschaftsteuer und Wertzuwachssteuer zu bezeichnen, die aber zusammen für 1911 nur

mit einem Betrage von 52 Millionen Mark eingelegt sind.

Aber alle diese ungeheuerlichen Belastungen der breiten Masse des Volkes haben nicht gereicht, die Ausgaben für den Militarismus und Marinismus zu decken. Das Reich hat zudem rund

5 Milliarden Mark Schulden

gemacht, wofür pro Jahr 190 751 819 Mark an Zinsen zu zahlen sind.

Mit 4 Milliarden Mark (5 Milliarden Franken) die es von Frankreich als Kriegsschadigung bekam, fing das Deutsche Reich vor 40 Jahren an, heute hat es 5 Milliarden Mark Schulden, trotz ganz ungeheuerlich gestiegenen Besteuerungen des Volkes. Das ist eine Bilanz der Reichsherrlichkeit, die Grauen einflößen kann, und die in erster Linie dem Rüstungswahnsinn zu Wasser und zu Lande zu danken ist.

Ein Ende der Rüstungen ist dabei noch gar nicht abzusehen.

Eine neue Vermehrung der Flotte wurde vor einigen Tagen noch in einer Rede, die der Kaiser in Hamburg hielt, angekündigt. Also weitere Steigerungen der Rüstungen, weitere Steigerungen der Lasten stehen bevor.

Wähler! Da bedenke, ob du deine Hand dazu biehst, eine solche Politik noch weiter zu fördern. Ueberlege, ob du es vor den Deinen und vor der Gesamtheit verantworten kannst, deine Stimme einer Partei zu geben, die durch immer weitere Rüstungsbewilligungen die Lasten zur unerträglichen Höhe steigern will.

Aber brauchen wir denn nicht eine immer stärkere Rüstung?

So wird mancher Wähler fragen und er wird vielleicht daran denken, wie man ihm immer wieder gesagt hat, Deutschland müsse immer mehr Militär haben, um sich verteidigen zu können gegen feindliche Angriffe. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien stellen es ja so da, als ob Deutschland von einem Kreis von Feinden umgeben sei, die nur darauf lauern, über uns herzufallen. Und darum müßten wir immer mehr Soldaten, Kanonen, Kriegsschiffe und neuerdings gar Luftschiffe zum Kriegsführen haben, um uns wehren zu können gegen den bösen Nachbar. — Es ist nur merkwürdig, daß die Regierungen und herrschenden Klassen unserer Nachbarländer ihrem Volke genau dasselbe sagen, nur daß da Deutschland als der böse Feind bezeichnet wird, gegen den man rüsten müsse!

Wie liegen denn die Dinge in Wirklichkeit? Das deutsche Volk weiß, daß es gelogen ist, wenn die Regierungen in Frankreich, England usw. es ihrem Volke so darstellen, als ob die Deutschen eine Horde schwer bewaffneter, raubgieriger Gesellen seien, die nur darauf warten, über ihre harmlosen Nachbarn herzufallen. Aber ebenso ist es gelogen, wenn die herrschenden Klassen uns hier in Deutschland etwas Ähnliches vom französischen, vom englischen Volke erzählen. Ebenjowenig, wie das deutsche Volk über seinen Nachbarn herfallen will, um ihn zu erschlagen, ebenjowenig wollen das die anderen Völker.

Also, die Gefahr des Angegriffenwerden ist wirklich nicht so groß, als daß dafür von Jahr zu Jahr ins Ungeheure steigende militärische Rüstungen getätigt werden müßten. Für die Verteidigung des Vaterlandes gegen feindliche Angriffe würde aber auch eine Volkswehr genügen, wie sie die Sozialdemokratie will. Die Sozialdemokratie will durchaus nicht „das Vaterland wehrlos machen“, wie man immer wieder behauptet, sie will an Stelle des stehenden Heeres mit seiner mehrjährigen Dienstzeit eine Volkswehr; das heißt, Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Ausbildung jedes Mannes aus dem Volke im Gebrauch der Waffen, wozu wenige Wochen genügen. Befassung der Waffen in den Händen der Volksgenossen und regelmäßige Schießübungen an einigen Tagen im Jahre. Ein solchermaßen in den Waffen geübtes und mit der Waffe vertrautes Volk wird sich jeden Angriffs erwehren können, und würde gegenüber den heutigen Milliardenausgaben für den Militarismus nur geringe Kosten verursachen.

Aber die herrschenden Klassen und ihre Vertreter im Reichstage wollen eine solche Volkswehr nicht. Und warum? Nun, eine solche Volkswehr wird sich eben nicht so leicht kommandieren lassen gegen den inneren Feind! Dazu aber will man das Militär evtl. gebrauchen, wie selbst von hochstehenden Persönlichkeiten im Staate bekundet worden ist.

Wer ist denn der innere Feind? Nun, das weiß jeder, daß man damit die Sozialdemokratie meint. Es ist ja geradezu ungeheuerlich, eine Partei, die bei den nächsten Wahlen auf 4 Millionen Stimmen rechnen kann, also reichlich den vierten Teil des gesamten Volkes ausmacht, als den inneren Feind zu bezeichnen, gegen den eventuell Maschinengewehre und Kanonen aufgeföhren werden müßten. Welche Zustände müßten in einem Staate bestehen, in dem der vierte Teil der Bewohner zu Räubern und Mördern geworden ist, denn nur gegen solche würde sich die Anwendung der bewaffneten Macht rechtfertigen. Aber die Sozialdemokraten sind keine Räuber und Mörder, das weiß alle Welt.

Gewiß wollen sie grundlegende Umänderungen im Staate. Sie wollen vor allen Dingen die Vorrechte der Reichen und Besitzenden beseitigen, sie wollen die bürgerliche und politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger und -Bürgerinnen, sie wollen gleiches Wahlrecht in Reich, Staat und Gemeinde, sie wollen Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, — alles Forderungen, die im Interesse der Gesamtheit, im Interesse des Kulturfortschritts liegen.

Aber die herrschenden Klassen von heute, die Besitzenden, sie wollen auf ihre Vorrechte nicht verzichten, sie wollen die politische und wirtschaftliche Macht, die auf der Unterdrückung und Ausbeutung der großen Masse des Volkes beruht, behalten. Und darum betrachten sie die Sozialdemokratie, die diese Vorrechte, die die Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes beseitigen will, als den inneren Feind, den man mit Hilfe des Militarismus niederhalten zu können vermeint.

Und noch eins wird eine Volkswehr nicht leicht tun: Sich gebrauchen lassen zu Eroberungskriegen in fremden Ländern, zur Kolonial- und Weltpolitik.

Was bezweckt die Kolonial- und Weltpolitik?

Man sagt, Deutschland muß Kolonien haben zum Bezuge der Rohstoffe für seine Industrie!

Aber Deutschland bezieht die weitaus meisten Rohstoffe aus Ländern, in denen es keine Kolonien zu erobern gibt: Aus Nord- und Südamerika, aus Skandinavien, Rußland, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Frankreich, England.

Man sagt weiter, es gilt, Absatzmärkte zu schaffen für die Produkte der Industrie.

Zunächst sei bemerkt, daß in Deutschland selbst noch Millionen von Menschen sehr viele Industrieprodukte zu verbrauchen in der Lage wären, wenn sie nicht durch unsere famose Wirtschaftspolitik und durch niedrigen Verdienst daran verhindert wären. Man sucht nach Absatzmärkten in fremden Ländern und die eigenen Volksgenossen leiden Mangel am Notwendigsten.

Aber was ist es mit den Kolonien als Absatzmärkte überhaupt?

Nichts! Deutschland führt jährlich etwa für 7500 Millionen Mark Waren aus, auf seine Kolonie Ostafrika, Kamerun, Togo und Südeisenen entfallen von dieser Summe, hoch gerechnet, für 65 Millionen Mark! Und diese Summe rührt noch zum größten Teil aus den Lieferungen für die deutschen Beamten dort, die Schutztruppe usw.

Was es mit der Angabe, man brauche Absatzgebiete, auf sich hat, zeigt auch folgende Erwägung: Eine Reihe deutscher Kolonialinteressenten macht gegenwärtig die größten Anstrengungen, ein Stück Marokko zu erwerben, zu einer deutschen Kolonie zu machen. Man will zu diesem Zweck sogar einen Krieg mit England wagen! Nun führte Deutschland 1909 nach Marokko aus für 3½ Millionen Mark (drei und eine halbe Million!), nach England aber für 1060 Millionen Mark!

Also, um eine Ausfuhr von 3½ Millionen Mark will man eine solche von 1060 Millionen Mark aufs Spiel setzen, denn daß im Falle eines Krieges mit England jede Handelsbeziehung mit diesem Lande aufhört, ist ohne weiteres klar. Da muß man doch fragen: Sind die Leute bei Trost, die wegen ein Stück Marokko zum Kriege hegen? — Und dabei schwindelt man, das liege im Interesse der deutschen Arbeiter! Der Marokkorummel zeigt aber auch, was es mit der Versicherung auf sich hat, Deutschland habe seine ganze Rüstung nur um des Friedens willen. Der „Hannoversche Courier“, ein Kapitalistenblatt, schreibt über die Verhandlungen um Marokko:

„So wie die Dinge jetzt geworden sind, oder wenigstens wie sie geworden zu sein scheinen, muß man doch zu der Ueber-

zeugung gelangen, daß es jetzt nicht auf eine mehr oder weniger bide Epidemie ankommt, sondern darauf, daß man in Frankreich ganz unzweifelhaft darüber orientiert ist, daß wir die Hand am Sabelgriff haben und nicht umsonst jährlich ungezählte Millionen dafür opfern, ein Heer zu unterhalten, das allen Eventualitäten gewachsen ist. Es ist ein schlechtes Geschäft, solche Riesensummen in ein Unternehmen zu stecken, wenn man nicht bei Gelegenheit sie zu eskomptieren gewillt ist. Wenn wir nun, wie es den Anschein hat, unter allen unseren diplomatischen Vertretern nicht einen haben, der dem Trio Paul und Jules Cambon und Barrère gewachsen ist, so werden wir diese mangelnden Fähigkeiten unserer Botschafter in Paris, London und anderswo durch die Tatsache ersetzen müssen, daß wir ein Heer haben und jetzt ja auch eine Flotte, die dieses Manko auszugleichen in der Lage sind. Man tut dem Frieden einen schlechten Dienst, wenn man mit einem Heer und einer Marine wie der deutschen hinter sich immer nur vom Frieden redet.“

Also um Krieg zu führen, um Eroberung zu machen, dazu hat man die militärische Rüstung! In der Tat, das ist die Hauptaufgabe des Militarismus im kapitalistischen Staate. Die Kapitalisten ersticken im Geld! Die ungeheuren Gewinne aus der Produktion schreien nach neuen Anlagen. Man sucht neue Ausbeutungsgelegenheit und da winken in den zurückgebliebenen Ländern noch reiche Prositte — für die Kapitalisten, nicht für das Volk. Das Volk bekommt von dem goldenen Regen der Inlandproduktion nichts mit, viel weniger etwas von den Gewinnen aus den kolonialen Unternehmungen.

Aber die Kosten für die Eroberung der Kolonien soll das Volk tragen, es soll Gut und Blut dafür opfern!

Solche Eroberungskriege kann man aber nicht mit einer Volkswehr führen, dazu braucht man den Militarismus, jene bewaffnete Macht, die vollständig vom Volke getrennt ist, nach eigenem, militärischen Erziehungssystem zum willenlosen Werkzeug der herrschenden Klassen gebrillt ist.

Vom Volke verlangt man noch obendrein patriotische Begeisterung und materielle Opfer für eine solche Weltpolitik. Die Besitzenden hüten sich, selbst die Kosten für kriegerische Unternehmungen herzugeben, wenn sie nicht sicher sind, ein Geschäft dabei zu machen. So wars schon immer. Als im Jahre 1870 der Krieg mit Frankreich ausbrach und der Norddeutsche Bund eine Kriegsanleihe von 100 Millionen Talern aus schrieb, ließen die Kapitalisten die Regierung im Stich. Trotzdem die Anleihe mit 5 Prozent verzinst werden sollte, trotzdem für 80 geliehene Taler ein Staatsschuldchein für 100 Taler gegeben und selbstverständlich verzinst wurde — also nach heutigen Ansichten Buchervorteile in Aussicht standen — wurde die Anleihe nicht voll gezeichnet. Erst als die Siege von Weißenburg, Wörth usw. die Garantie gaben, daß das geliehene Geld sicher sei, fand sich die nötige „patriotische Opferwilligkeit“.

Das ist der Patriotismus der Besitzenden. Für sie war der Militarismus auch immer eine ergiebige Profitquelle. Jede neue Militärvorlage brachte den Industriemagnaten, die unter dem Schutz der industriellen Zölle üppig gediehen, neuen Gewinn, und um diese Geldquelle nicht nur in ihrer Ergiebigkeit zu erhalten, sondern auch noch zu steigern, tauchte immer wieder der Ruf auf von dem in Gefahr befindlichen Vaterland. Das war auch in der Tat ein glänzendes Geschäft. Für die Industrie, die Unsummen verdiente, für die Agrarier, die Fournage und Pferde zu steigenden Preisen an die Armee verkaufen konnten. Die Agrarier hatten noch den weiteren Vorteil, daß mit der Vermehrung der Armee auch die Zahl der Offiziersstellen wuchs und damit die Möglichkeit, die Söhne standesgemäß unterzubringen. Wer aber die Zeehe bezahlen mußte, das war stets das werktätige Volk.

Und dieses System findet Förderung bei den bürgerlichen Parteien, besonders beim Zentrum, das völlig zur kapitalistischen Partei geworden ist. Nur die Sozialdemokratie lehnt grundsätzlich alle Forderungen für den Militarismus und die kapitalistische Weltpolitik, die eine so ungeheure Belastung der Völker sind, ab. Wer für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten will, wer den volksfeindlichen Militarismus, die kapitalistische Weltpolitik bekämpfen will, der muß am 19. September seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben; dem Herrn

Carl Gahrwald.

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei.

„So wie die Dinge jetzt geworden sind, oder wenigstens wie sie geworden zu sein scheinen, muß man doch zu der Ueber-

System findet Förderung bei den bürgerlichen Parteien, besonders beim Zentrum, das völlig in die Hände der Sozialdemokratie übergegangen ist. Nur die Sozialdemokratie ist grundsätzlich alle Forderungen für den Sozialismus und die kapitalistische Weltpolitik, die eine ungeheure Belastung der Völker sind, ab. Wer für eine vollständige Verständigung der Völker eintreten will, wer den völkervernichtenden Militarismus, die kapitalistische Weltpolitik bekämpfen will, der muß am 19. September seine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben; dem Herrn

Das Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei.

